

## Wichtige wirtschaftliche Fragen im Bund der ungarischen Fabriksindustriellen.

Budapest, 10. Dezember.

Der Bund der ungarischen Fabriksindustriellen hielt gestern unter dem Vorsitze des Magnatenhausmitgliedes Dr. Franz Chorin eine Sitzung, in welcher der Präsident zunächst den Vizepräsidenten Manfred v. Weiß anlässlich seiner Ernennung zum Mitglied des Magnatenhauses herzlich begrüßte. Er verwies darauf, daß die Auszeichnung einem großen Organisator der industriellen Arbeit zuteil ge-

worden ist, der unterem Heere in dem großen Kampfe, in den es gegen unseren Willen hineingerissen wurde, unschätzbare Dienste geleistet hat. Manfred v. Weiß dankte für die Begrüßung, worauf der Präsident dem jüngst verstorbenen Vorsitzenden der Hörer Filiale des Bundes Gustav Wottig einen herzlichen Nachruf widmete.

Präsident Dr. Franz Chorin verwies sodann darauf, daß die ungarische Industrie gegen die bezüglich des Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn im Kreise der österreichischen industriellen Interessenvertretungen aufgetauchten und auch von so angesehenen Seite, wie es der Bürgermeister der Stadt Wien ist, unterstützten Bestrebungen energisch Stellung nehmen müsse. Die österreichischen industriellen Interessenvertretungen wollen unsere siebenundsechziger Verfassung einer ihrer wertvollsten Bürgschaften berauben, indem sie die Forderung einer Pragmatifizierung des einheitlichen Zollgebietes aufstellen. Es ist vermunterlich, daß es gerade jetzt zu einem solchen Angriff kommen kann, zu einer Zeit, in welcher die Monarchie einen Kampf auf Leben und Tod führt und Ungarn getrost von sich sagen kann, daß es an diesem Kampfe mit größter Hingebung teilgenommen und sich damit die vollste Anerkennung der ganzen Welt erworben hat. Auf den Schlachtfeldern hat der Dualismus gesiegt und Ungarn kann nicht zugeben, daß seine im Dualismus ihm zugesicherten Rechte verkürzt werden. Er hält es für notwendig, daß die Stellungnahme der ungarischen Industrie in dieser Frage unter Teilnahme von Vertretern der gesamten Fabriksindustrie in einer demnächst einzuberufenden Sitzung des großen Ausschusses des Bundes erfolge. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Geschäftsführender Direktor Dr. Gustav Graz berichtete hierauf über die jüngst in Dresden stattgefundene Besprechung über das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Er verwies darauf, daß die ungarischen Delegierten auch diesmal betonten, daß sie die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland bis zu der durch unsere Lebensinteressen angegebenen Grenze für notwendig und wünschenswert halten. Trotzdem waren sie nicht in der Lage, sich dem auf der Dresdener Tagung unterbreiteten, das künftige wirtschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und der Monarchie schon in seinen Einzelheiten umschreibenden Beschlusantrag anzuschließen, weil ihrer Ansicht nach die äußeren Formen des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Mächten erst festgestellt werden können, wenn zuvor hinsichtlich des Maßes und Inhaltes der Annäherung die interessierten Kreise in allen drei Staaten Stellung genommen haben. Béla Veith erörtert die bei diesen Verhandlungen zu befolgende Methode und seine Vorschläge bildeten den Gegenstand einer eingehenden Diskussion, an welcher Viktor Szántó, Baron Heinrich Ehrenstein, Dr. Franz Chorin jun., der Sekretär des Kroatisch-Slavonischen Industriellenbundes Matko Mautner und andere teilnahmen. Die Direktion nahm den Bericht des geschäftsführenden Direktors zustimmend zur Kenntnis und konstatierte mit lebhafter Befriedigung, daß der auf der Dresdener Tagung von den Teilnehmern aus Deutschland angenommene Beschlusantrag die Vorbereitung der Regelung dieser Frage an einen aus sämtlichen berufenen

Interessenvertretungen Deutschlands bestehenden Ausschuss treten will, daß ferner auch österreichische Redner der Ansicht Ausdruck gegeben haben, daß nunmehr die in erster Reihe dazu berufenen Interessenvertretungen die Vorbereitung des künftigen wirtschaftlichen Verhältnisses mit Deutschland in die Hand nehmen müssen. Der Bund ungarischer Fabriksindustriellen, der in den über diese Frage geführten Besprechungen von Anbeginn an diesen Standpunkt vertreten hat, würde es gern sehen, wenn nun auch in Oesterreich und in Ungarn die dazu berufenen wirtschaftlichen Interessenvertretungen sich in dieser Frage miteinander und mit den deutschen Verbänden ins Einvernehmen setzen würden, und würde an diesen Arbeiten jenseits gern teilnehmen.

Die Direktion beschäftigte sich sodann mit der Frage der Organisierung der Rohstoffbeschaffung für die Zeit nach Beendigung des Krieges. Direktor Dr. Graz verwies darauf, daß der Gedanke, daß in dieser Hinsicht schon jetzt gewisse vorbereitende Maßnahmen getroffen werden müssen, in der ungarischen Industrie schon seit längerer Zeit erörtert wird, und daß jüngst auch der Kriegsausschuss der deutschen Industrie den Beschluß gefaßt hat, diese Frage mit den industriellen Fachverbänden und den interessierten Kreisen eingehend zu erörtern. Ohne Zweifel wird sich die Nachfrage in allen jenen ausländischen Rohstoffen, an welchen wir derzeit einen Mangel haben, nach dem Kriege sehr dringlich äußern, was zur Folge haben kann, daß die Industriellen sich die Preise gegenseitig in die Höhe treiben werden. Die Staaten, welche solche Rohprodukte erzeugen, organisieren sich denn auch bereits, um diese Konjunktur zum Nachteil der mitteleuropäischen Staaten im vollsten Maße auszunützen. Wenn demgegenüber die mitteleuropäischen Staaten nicht rechtzeitig für eine solche Organisierung der Rohstoffbeschaffung Sorge tragen, welche der Industrie dieser Staaten eine systematische und gleichmäßige Deckung ihres Rohstoffbedarfes sichert, so wird dies einen schweren Verlust für die Volkswirtschaft der mitteleuropäischen Staaten bedeuten. Die überstürzte Beschaffung großer Mengen von ausländischen Rohprodukten müßte aber auch unsere Valuta ungünstig beeinflussen. Ungarn wird schon durch seine geographische Lage darauf verwiesen, im Interesse einer ausreichenden Rohstoffbeschaffung rechtzeitig Schritte zu tun. Nachdem Manfred v. Weiß, Julius Egger, Viktor Szántó und andere zur Sache gesprochen hatten, wurde beschlossen, auch diese Frage dem großen Ausschuss vorzulegen.